

Geht per Mail an: [rtvg@bakom.admin.ch](mailto:rtvg@bakom.admin.ch)

25.9.2018

### Vernehmlassung: Neues Bundesgesetz über elektronische Medien

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

**Die BDP ist enttäuscht über das neue Bundesgesetz über elektronischen Medien. Nach den Erwartungen, die im Vorfeld geschürt worden sind, enthält der vorliegende Entwurf kaum positive Veränderungen. Aus Sicht der BDP bedarf das neue Gesetz unbedingt folgender Änderungen: Die Schaffung einer Kommission mit dieser Machtfülle ist klar abzulehnen, die Medienvielfalt muss gestärkt werden, es braucht eine verstärkte Unterstützung der Printmedien durch eine indirekte Presseförderung und die Abgabe für elektronische Medien ist auf grosse Unternehmen zu beschränken. Sollte am vorliegenden Entwurf festgehalten werden, braucht die Schweiz sehr bald schon weitere Massnahmen, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen.**

Der vorliegende Gesetzesentwurf hat sich zum Ziel genommen, das im digitalen 21. Jahrhundert veraltete Gesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) abzulösen durch ein Gesetz über elektronische Medien, welches die Online-Medien in angemessener Weise berücksichtigt. Leider bleibt es nun beim hehren Vorsatz, denn der vorliegende Entwurf ist ein zahnloses Gebilde, welches die wirklichen Herausforderungen ausser Acht lässt. Nachfolgend werden die Themenfelder aufgeführt, die im Gesetzesentwurf verbessert oder gar neu hinzugefügt werden müssen, damit das Gesetz den Herausforderungen für die Medien im 21. Jahrhundert Stand halten kann:

- Generell wäre es als sinnvoll zu begrüssen, wenn neue gesetzgeberische Massnahmen im Bereich der Medien ganzheitlich diskutiert werden würden: Kein alleiniger Fokus auf die elektronischen Medien, sondern ein Miteinbezug aller Medien, also auch der Presse. Dazu gehört auch die Diskussion, ob die Verfassung nicht an die neue Medienwelt angepasst werden müsste.
- Die neu geplante Kommission KOMEM wird mit einer zu grossen Machtfülle ausgestattet, deshalb ist sie in dieser Form abzulehnen. Ungenügend geklärt sind dabei zum Beispiel auch die Fragen, wer Mitglied sein soll und wie lange eine Amtszeit dauern soll. Besser ist das bisherige System mit der Vergabe einer Konzession durch den Bundesrat sowie einer Überwachung durch das BAKOM.

- Ein nach wie vor ungelöstes Problem ist die Dominanz der SRG, unter der vor allem die regionalen Medien zu leiden haben. Trotz der Ablehnung der No-Billag-Initiative darf die SRG nicht weiter zementiert werden, was sie mit dieser Vorlage jedoch wird. Von der Abgabe soll ein grösserer Teil an die regionalen Medien gehen und die SRG darf keinesfalls mächtiger werden.
- Ein Grund, wieso eine ganzheitliche Diskussion zu begrüßen wäre, ist der vollständige Mangel an Vorschlägen zur Stärkung der Medienvielfalt. Die immer einflussreicheren Online-Medien, und damit die Veränderung der ganzen Medienbranche, sind zu akzeptieren. Nicht zu akzeptieren ist allerdings der mangelnde Effort bei der Medienvielfalt, die auch im Zeitalter der Online-Medien – und vielleicht gerade deswegen umso mehr! - unbedingt einer Stärkung bedarf.
- Die Medienvielfalt kann unter anderem gestärkt werden, durch einen Ausbau der indirekten Presseförderung.
- Schliesslich bedarf auch die Abgabe für elektronische Medien einer Neugestaltung: Wie die BDP schon vorgeschlagen hat, soll einerseits die Kollektivhaushaltsabgabe wegfallen, andererseits sollen nur grosse Unternehmen eine Abgabe leisten müssen (siehe [Fraktionsmotion 18.3100](#)).
- Die positiven Elemente des vorliegenden Entwurfs sehen wie folgt aus: Die Unterstützung von Weiterbildungsmöglichkeiten und des Presserats werden begrüsst, erfreulich ist zudem die Unterstützung der SDA.
- Die Förderung innovativer IT-Lösungen ist gut gemeint, aber so nicht umsetzbar. Einerseits entsteht der Eindruck, dass hier aufgrund der Anforderungen wiederum die SRG oder die sonst schon grossen Medienhäuser unterstützt werden. Wenn man Innovationen fördern will, dann muss man der Privatwirtschaft möglichst freie Hand lassen. Sobald der Staat mitmisch, dürften die Projekte gebremst werden. Gerade in der IT-Welt soll sich nicht die Lösung durchsetzen, die gefördert wird, sondern die beste Lösung, welche sich am Markt durchsetzt.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz